

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
die Erarbeitung eines neuen gemeinsamen europäischen Asylsystems und
die Öffnung von Kasernen und Liegenschaften des Bundesheeres zur besseren
Unterbringung von Flüchtlingen**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass sie sich auf allen Ebenen der Europäischen Union für die Erarbeitung eines neuen europäischen Asylsystems einsetzt, mit dem Ziel, künftig zu einer ausgewogeneren und solidarischen Aufteilung von schutzsuchenden Menschen unter allen EU-Mitgliedsstaaten zu gelangen. Ebenso sollen zum Beispiel Kasernen und Liegenschaften des Bundesheeres, die zum Teil leer stehen, zur raschen und adäquaten Unterbringung von Flüchtlingen geöffnet werden.

Resolution

Kriege, kriegsähnliche Zustände und Unruheherde im Nahen Osten, insbesondere in Syrien, zwingen die Europäische Union und Österreich mit immensen Flüchtlingsströmen umzugehen. Österreich trägt einen überproportionalen Anteil an Flüchtlingen innerhalb der EU. Ab Mitte dieses Jahres wird die EU über ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ (GEAS) verfügen, wodurch besserer Zugang zum Asylverfahren und schnellere, gerechtere Entscheidungen sowie menschwürdige Aufnahme- und Lebensbedingungen garantiert werden sollen. Zehn Mitgliedsstaaten -darunter Österreich- bewerkstelligen mehr als 90 Prozent aller Asylanträge. Es braucht daher eine gerechte Quote, die die Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten besser verteilt, um den Ansturm bewältigen zu können und einen solidarischen Umgang mit Flüchtlingen zu gewährleisten.

Durch die Gemeinden und das Engagement der Bevölkerung konnte bereits ein erheblicher Anteil für die Unterbringung der Flüchtlinge geleistet und so Quartiere zur Verfügung gestellt werden. Sie

können aber der großen Anzahl an Menschen nicht mehr allein gerecht werden. Zur Bewältigung der derzeitigen Notsituation dürfen daher die errichteten Zeltstädte nur eine kurzfristige Notlösung darstellen. Leerstehende öffentliche Gebäude und Liegenschaften – insbesondere jene des Bundesheeres – sollen daher zur Unterbringung von Kriegsflüchtlingen geöffnet werden.

Die unterzeichnenden Abgeordneten fordern daher die Bundesregierung auf, die Bundesheerkasernen und Liegenschaften rasch für die Unterbringung von Flüchtlingen freizugeben und sich auf europäischer Ebene für eine gerechtere Verteilungsquote auf alle Mitgliedsstaaten einzusetzen.

Linz, am 19. Mai 2015

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Manhal, Langer-Weninger, Schillhuber, Gattringer, Peinsteiner, Frauscher, Kirchmayr, Alber

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Buchmayr, Schwarz, Wageneder